BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Burgplatz 5, 99423 Weimar

An die Mitglieder
und SympathisantInnen
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Weimarer Stadtrat

Stadtratsfraktion Weimar

Rebekka Höfer & Andreas Leps
Fraktionsvorsitzende

Benjamin Fröhlich
Fraktionsgeschäftsführer

Burgplatz 5, 99423 Weimar
Tel: +49 3643 902087
Fax: +49 3643 4920709

www.gruene-weimar.de
info@gruene-weimar.de

Weimar, den 28.10.15

Newsletter Nr. 6 der Stadtratsfraktion

Liebe Freundinnen und Freunde,
hier kommt ein neuer Newsletter der Stadtratsfraktion. Ich nutze dazu die Zeit auf der grünen Landesdelegiertenkonferenz in Suhl.
Der Herbst ist ja traditionell die Zeit, in der in der Politik ganz viel passiert, Haushalte und andere Pläne für die nächsten Jahre werden besprochen. Wir werden darüber berichten. Doch zunächst geht es hier um die Stadtratssitzungen vor der Sommerpause.

Stadtratssitzung vom 10. Juni 2015

Die Stadtratssitzung begann wie immer mit der Fragestunde. Vier Anfragen kamen von unserer Fraktion.
Mit der ersten Anfrage wollten wir wissen, wann der Oberbürgermeister ein Haushaltssicherungskonzept dem Stadtrat vorstellen wird. Es wurde geantwortet, dass ein solches Konzept „nicht erforderlich“ wäre. Zum Hintergrund der Frage: Die Stadt Weimar hat 2013 und 2014 mit einem Millionendefizit abgeschlossen. Gemäß Gesetzeslage muss ein solches Defizit innerhalb der nächsten zwei Jahre abgebaut sein, gelingt das nicht, wovon auszugehen ist, ist eine Haushaltssicherung vorgeschrieben. Die Erfüllung des Gesetzes fordern wir seitdem ein. Erschwerend kommt hinzu, dass dem Stadtrat bis heute keine Prüfung des Jahresabschlusses 2013 und überhaupt kein Jahresabschluss 2014 vorgelegt wurde.
Wir fragten zweitens nach der Wahrnehmung der Aufgaben der Agenda-21-Beauftragten. Die bisherige ist seit Anfang 2015 mit der Koordination der Flüchtlingshilfe beschäftigt. Die Antwort war so kurz wie erschütternd: niemand. Das entspricht leider genau der Bedeutung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Spitze der Stadtverwaltung.

Unsere dritte Anfrage befasste sich mit der Umsetzung des Haushaltsbeschlusses 2015. Wie sorgt die Stadtspitze für die Umsetzung der geforderten Einnahmen? Wann werden die zusätzlichen MitarbeiterInnen für die Unterbringung von Flüchtlingen eingestellt? Wo und wann sollen die Radabstellanlagen entstehen?
Unsere vierte Anfrage befasste sich mit Investitionen in Kohlestrom, genauer mit Divestitionen. Wir greifen damit eine spannende Bewegung auf, die seit einigen Monaten nach Europa schwappt und den Abzug von Finanzmitteln aus der Kohleindustrie fordert. Wir erfuhren, dass weder die Stadt noch die Sparkasse in Unternehmen investieren, „die Kohle mit Öl, Gas oder Kohle machen". Gut so.
Andere Anfragen befassten sich mit der Vertragserfüllung beim Haus der Frau von Stein, mit Beiträgen im Rathauskurier oder der Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Haus der Demokratie.

Viele Anträge standen auf der Tagesordnung der Sitzung.
Zwei der von uns angebrachten Anträge – zur Überarbeitung der Elternbeiträge für die Kindergärten (siehe letzter Newsletter) und die fußläufige Verbindung zwischen Innenstadt und neuem Bauhausmuseum wurden auf Ende 2015 bzw. Frühjahr 2016 verschoben, weil sie von der Verwaltung nicht so schnell bearbeitet werden konnten. Beschlossen wurde der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, in der Hoffnung, das dies nicht nur ein Papier für die Schubladen bleibt, sowie die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes. Beschlossen wurden auch Straßenbenennungen in neuen Baugebieten.
Die Erfüllung eines Antrages der Koalition, auf unsere Initiative, zur öffentlichen Vorstellung der Gestaltung des Umfeldes des neuen Bauhausmuseums, hat die Stadtspitze zugesagt. Da der abgestimmte Entwurf dazu erst Mitte Dezember vorliegen soll, dürfte die angeregte BürgerInnenversammlung erst Anfang nächsten Jahres stattfinden.
Eingebracht und in den Bauausschuss zur Diskussion verwiesen wurde ein von uns angeregter Antrag der Koalition zur Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Rießnerstraße/Marcel-Paul-Str. in Weimar-Nord. Hier geht es uns nicht nur um eine Zukunft für das Gelände der abgebrannten Viehauktionshalle oder des Güterbahnhofes. Es gilt, auch für die Hetzerhalle eine Zukunft zu sichern, sowie das Miteinander von Wohnen und Einzelhandel zu regeln. Wir wollen auch eine Wegeverbindung entlang der Bahn von der sog. Eisernen Brücke zum Bahnhof zu ermöglichen. Carsten Meyer begründete den Antrag für uns.

Zwei Anträge, die wir einbringen mussten, befassten sich mit den Personalkosten der Stadt. Beides sind eigentlich Selbstverständlichkeiten, in unserer Stadt leider nicht. Einerseits die regelmäßige Darstellung der Personalkosten, unbesetzten Stellen, laufenden Besetzungsverfahren. Andererseits die Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes – wie wird das vorhandene Personal eingesetzt, wo wird aus- und weitergebildet, wo wird Personal benötigt. Beide Anträge wurden von Andreas Leps begründet und in die Ausschüsse verwiesen.

Schon bei der letzten Sitzung des Stadtrates spielten TTIP und CETA, die umstrittenen Freihandelsabkommen eine wichtige Rolle. Ein handwerklich unzureichender Antrag von Linken und

SPD wurde bei unserer Enthaltung abgelehnt. Allerdings hatte unser Fraktionsvorsitzender damals schon betont, dass wir GRÜNE die grundsätzliche Kritik an den Abkommen, an der Geheimhaltung, an der Sorge um die kommunale Daseinsvorsorge z.B. bei der Auftragsvergabe für Rettungsdienste oder geltende Umweltstandards und insbesondere der Aushebelung der ordentlichen Gerichtsbarkeit teilen.
Wir haben daher einen eigenen, umfangreichen Antrag erarbeitet und mit der Koalition abgestimmt in den Stadtrat eingebracht, ihr findet ihn hier: http://gruenlink.de/z2i
Nach der Verteidigung des Antrages durch Andreas Leps entspann sich eine Diskussion dazu. Die Linke stellte einen Änderungsantrag, der mehrheitlich abgelehnt wurde, wollte er doch Punkte in den ersten Satz stimmen, die weiter hinten im Antrag sowieso kommen. Unser Antrag bekam eine große Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und acht Enthaltungen.

Zum Ende des öffentlichen Teiles kam dann als dringlicher Antrag erneut ein Aufreger aus der vorigen Stadtratssitzung auf den Tisch. Es gab im Vorfeld Gespräche der Fraktionen und einige Gerüchte, dass die Stadtspitze weiterhin beabsichtigte, ein Haus der Demokratie am Theaterplatz unterzubringen, dazu auch im letzten Newsletter. Es gab kein neues Konzept – das Konzept wurde nicht diskutiert, geschweige denn die Standortfrage. Ein dringlicher Antrag unserer Koalition wollte ein Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten bewirken, um das Interesse der Bundesebene zu erfahren, sowie bis Februar 2016 Konzept, Standort und Trägerschaft in einer offenen Diskussion klären. Anders zwei Anträge von SPD und Linken (und noch ein nachgeschobener neuer), die unbedingt das Ansinnen der Verwaltung erneut durchdrücken wollten.
Nach einer Auszeit einigte sich die Koalition, ein Zeichen zu setzen, und ihren Antrag zurückzuziehen. Anders SPD und Linke, die, ebenfalls nach einer Auszeit, ihren neuen Antrag aufrechterhielten.
Eine namentliche Abstimmung erbrachte eine deutliche Ablehnung des Antrages mit 15:22 Stimmen. Es bleibt also dabei: Erst wird geklärt, welches Konzept verfolgt werden soll, an welchem Standort, und mit welchem Träger ein Haus der Demokratie in Weimar entstehen soll, danach wird über eine Finanzierung geredet.
Ein kurzer nichtöffentlicher Teil ließ die Stadtratssitzung um 21.45 Uhr enden.

Stadtratssitzung vom 8. Juli 2015

In sechzig Minuten kann viel gesagt werden – manche Fragen werden in epischer Breite beantwortet, manche sehr knapp, gelegentlich wird man auch den Verdacht nicht los, das variiert je nach FragestellerIn. Anfragen gab es dieses Mal zur Förderung von Frauen in der Stadtverwaltung, zur Evaluation der Blindenhilfe oder zur Umsetzung des Mindestlohngesetzes. Unsere Anfragen fielen alle dem Ende der Stunde zum Opfer. Eine Anfrage zur Vorlage der Jahresrechnung 2014 haben wir schriftlich beantworten lassen. Der Antwort ist zu entnehmen, dass zwar alles fertig sei, aber aufgrund der noch unfertigen Prüfung des Abschlusses für 2013, „die Jahresrechnung 2014 deshalb noch weiter zurückgehalten“ werde.
Mündlich beantwortet wurde noch eine gemeinsame Anfrage der Koalition, jene zur Schulbegleitung/individuellen Beschulung und Betreuung. Unsere anderen zwei Anfragen, zu Elektro-

fahrzeugen und zur Verbesserung der Sprechzeiten im Bürgerbüro wurden auf die Septembersitzung des Stadtrates verschoben.
Wie immer gilt: Alle Anfragen und die entsprechenden Antworten senden wir Euch gern zu, vieles findet Ihr auch auf unserer Homepage.

Dreiundzwanzig Positionen standen unter dem Punkt '4. Vorlagen und Anträge' auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung, dazu kamen noch Änderungsanträge.

Zunächst ging es um Personalia, so wurde u.a. der Stiftungsrat der Stiftung „Dr. Georg Haar" neu berufen. Wir haben Petra Streit erneut in den Rat entsandt. Als stellvertretendes Mitglied, weil der Stadtrat nur drei Mitglieder mit beratender Stimme stellt, sitzt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun Jan Kreyßig im Hochschul- und Studierendenbeirat der Stadt Weimar.

Der Haushalt für das laufende Jahr 2015 beschäftigte uns als erstes. Obwohl bereits im März vom Rat beschlossen, gab es zunächst lange keine Genehmigung und schließlich Änderungsnotwendigkeiten aufgrund von Hinweisen der Genehmigungsbehörde, dem Landesverwaltungsamt. Seit Anfang Juni hatte Oberbürgermeister Wolf die Verantwortung für die Finanzen an sich gezogen. Es zeigte sich, dass wesentliche Änderungen bei Positionen notwendig waren, die schon vorher in dessen Verantwortung waren, so beim Eigenbetrieb Kommunalservice und den Personalkosten. Nach der Sperrung von gut 800 T€ Euro an zusätzlichen Personalmitteln bekam der Antrag der Stadtspitze eine große Mehrheit, auch unsere Stimmen.

Ein Teilstück der „Wassily-Kandinsky-Straße" wird umbenannt in „Anni-Albers-Weg". Dies wurde auf unseren Antrag, von Carsten begründet, vom Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen. Damit wird nun an eine Bauhäuslerin erinnert.
Ein Antrag von CDU, Weimarwerk und uns zur zukünftigen Finanzierung der Klassik-Stiftung wurde mit einer kleinen Änderung einstimmig beschlossen. Hier geht es vor allem um eine Deckelung und eine Zweckbindung der städtischen Mittel.
Im Rat beschlossen wurde ein Antrag zur kommunalen Präventionskette, also zur Förderung der sozialen Integration und zur Armutsbekämpfung mit großer Zustimmungsquote.

Eine große Debatte endete mit einer Niederlage für uns. Für den von der Stadtspitze eingereichten Beschluss zum Bebauungsplan Ettersburger/Lützendorfer Straße hatten wir einen mit der Koalition abgestimmten, ja erarbeiteten, Änderungsantrag eingereicht. Wir wollten, dass die Stadt nicht dem Grundstücksbesitzer alle Wege ebnet und viele Einfamilienhäuser gebaut werden. Wir wollten nur einen Anteil von weiteren zehn Prozent der Fläche für Geschosswohnungsbau vorschreiben, also in der Regel Mietwohnungen. Carsten stritt engagiert für dieses sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvolle Ansinnen. SPD und Linke sowie Teile der CDU kämpften für den Investor. Kein Wort kam in der Diskussion von Seiten der Stadtspitze. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass eine Mehrheit des Stadtrates auf Einfamilienhäuser statt Mietwohnungen zur Lösung des knappen Angebotes an Wohnraum in Weimar setzt. Unser Antrag wurde mit 19 zu 21 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Klar müssen wir festhalten: Dies stellt für uns einen Bruch der Koalitionsvereinbarung dar. Dies wurde während und nach der Sommerpause intensiv innerhalb von Fraktion und Vorstand sowie nachfolgend mit den Koalitionspartnern ausgewertet.

Es gilt: Der nächste Newsletter wird kommen. Nicht alle Punkte können wir hier behandeln, nicht alle Diskussionen im einzelnen darlegen. Nutzt daher auch die anderen Kommunikationswege. Unsere Anfragen und Anträge findet Ihr auf unserer Homepage. Ihr findet uns auch auf facebook: http://gruenlink.de/119t

Wenn Ihr Fragen, Anmerkungen oder Wünsche habt: Sehr gern! Zögert nicht und wendet Euch vertrauensvoll an uns und/oder die Geschäftsstelle.

Es grüßt Euch herzlich bis zum nächsten Mal

Andreas Leps
Für die Fraktion

Nachtrag: Am Ende der Landesdelegiertenkonferenz hat die Landespartei nun einen neuen Landesvorstand. Wir gratulieren an dieser Stelle besonders Rica Braune zu ihrer erfolgreichen Wahl und wünschen ihr viel Kraft und Beharrlichkeit.